

Ressort: Politik

Städtetag: Bundesmittel für sozialen Wohnungsbau verstetigen

Berlin, 19.09.2018, 08:14 Uhr

GDN - Die Kommunen haben eine Verstetigung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau über 2021 hinaus bei zwei Milliarden Euro jährlich gefordert. "Wichtig ist, dass der Bund sein finanzielles Engagement in der sozialen Wohnungspolitik dauerhaft über 2021 hinaus fortsetzt", sagte Städtetagspräsident Markus Lewe der "Rheinischen Post" (Mittwochsausgabe).

Der Bund will die Mittel bislang nur in den Jahren 2019 auf 1,5 Milliarden und 2020 sowie 2021 auf zwei Milliarden Euro aufstocken. Lewe forderte Bund und Länder darüber hinaus vor dem Wohngipfel am Freitag im Kanzleramt auf, mehr eigenes Bauland zu mobilisieren. "Um den Mangel an Bauland zu beheben, entwickeln die Städte bereits Baulandstrategien und geben Grundstücke preisreduziert ab. Bund und Länder sollten dafür sorgen, dass auch auf geeigneten Bundes- und Landesflächen mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen kann", forderte Lewe. Außerdem sollten das Bauordnungsrecht vereinfacht und Umwelt- und Baurecht besser aufeinander abgestimmt werden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-112060/staedtetag-bundesmittel-fuer-sozialen-wohnungsbau-verstetigen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619